

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 408

Einwohnerratssitzung vom Montag, 22. August 2011, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	35/34 Personen des Einwohnerrates 6 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Claudio Contoli, Peter Häring, Dominik Holenstein, Roger Schneider, Emanuel Trueb Gemeinderat: Max Hippenmeyer
Vorsitz	Philippe Doppler, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Sondervorlage, Bewilligung Baukredit von CHF 8'210'000.-- für den Neubau des Feuerwehrmagazins auf Parzelle 1081, Stockmatt (inkl. Landerwerb)	2744
2.	Teilrevision des Reglements für die Hundehaltung (Hundereglement) - 1. Lesung	2736
3.	Resolution des Einwohnerrates Pratteln zum französischen Atomkraftwerk Fessenheim	2745
4.	Beantwortung Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Trinationaler Atom-Schutzverband (TRAS)"	2720
5.	Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Emil Job, betreffend "Solarkataster für Pratteln"	2738
6.	Postulat der SVP-Fraktion, Erich Weisskopf, betreffend "Kein Schleichverkehr im Neusatzweg - zum 2-ten"	2740
7.	Rückzug der Gemeindeinitiative vom 9.1.1992: Kantonsbeiträge an Sekundarschulhäuser	2743
8.	Beantwortung des Postulats der SVP-Fraktion, Erich Weisskopf, betreffend "Offene Überdachung bei Abdankungskapelle verbessern"	2670
9.	Beantwortung des Postulats der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Schutz des Prattler Grund- und Trinkwassers"	2531
10.	Bericht der Bau- und Planungskommission zum Geschäft "Teilrevision Zonenplan Landschaft mit Zonenreglement Mutationen Nr. 2 - 9" - 1. Lesung	2650

11. Fragestunde (nach der Pause)

Begrüssung durch Philippe Doppler, Präsident:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse sie zur 408. Sitzung des Prattler Einwohnerrates am heutigen 22. August 2011. Ebenfalls begrüssen möchte ich die Vertreter der Presse sowie auch die Zuhörerinnen und Zuhörer im Publikumsbereich. Die Sommerferien sind vorbei, das schöne Wetter ist zurück und damit auch die Hitze. Ich hoffe, sie haben die politikfreie Zeit gut überstanden und sich in der Ferienzeit etwas erholen können, damit wir mit vollem Elan in das letzte Jahr dieser Legislatur starten können. Von meiner Seite kann ich sagen, dass ich eine ruhige Sommerzeit, zwar ohne Ferien, aber auch ohne Sitzungen verbracht habe und mich so in aller Ruhe auf mein Amtsjahr als Präsident vorbereiten konnte. Für Ihre Wahl im Juni möchte ich mich nochmals herzlich bedanken und ich freue mich, heute die erste Sitzung als Präsident leiten zu können. Ich möchte es nicht unterlassen, an dieser Stelle nochmals auf die Junisitzung zurück zu kommen. Wie Sie ja wissen, ist der damalige Präsident Dieter Stohler, an dieser Sitzung mit leichter Verspätung eingetroffen und heute kennen wir den Grund: Dieter Stohler hat an diesem Montag die Weichen zu seinem neuen Posten als Leiter der Bundespensionskasse Publica gestellt, den er ab 2012 übernehmen wird. Dieter, im Namen des Einwohnerrates nochmals herzlichen Glückwunsch, viel Freude und Erfolg bei dieser neuen Aufgabe.

Auch auf kantonaler Ebene hat sich die politische Führung verändert. Urs Hess wurde am 1. Juli mit einem sensationellen Ergebnis zum Präsidenten des Landrates gewählt und wir durften am selben Abend diesen Erfolg mit ihm teilen. Urs, auch dir im Namen des Einwohnerrates herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg in diesem für dich sicherlich einmaligen Jahr. Des Weiteren heisse ich Martina Häring und Roland Kuny, welche neu als Stimmzählerin resp. 2 Vizepräsident ins Büro gewählt wurden, herzlich willkommen und wünsche auch ihnen viel Spass bei ihrer neuen Aufgabe. Um den Stimmzählern die Arbeit zu erleichtern, möchte ich an Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrates, appellieren, bei Abstimmung die gelbe Stimmkarte deutlich in die Höhe zu heben, damit wir das Wiederholen von Abstimmungen vermeiden. Ich bitte ich Sie auch, in Ihren Voten Wiederholungen zu vermeiden sowie andere Voten mit Respekt, Verständnis und Anstand zu unterstützen oder zu dementieren. Im Voraus schon vielen Dank für Ihren Beitrag zu einem effizienten, fairen und geordneten Ratsbetrieb.

Präsenz:

Vom Gemeinderat hat sich für die heutige Sitzung GR Max Hippenmeyer entschuldigt. Entschuldigt sind vom Einwohnerrat Claudio Contoli, Peter Häring, Dominik Holenstein, Roger Schneider und Emanuel Trueb. Es sind 35 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Mitteilungen:

Die Sitzungsdaten 2012 wurden den Fraktionen Ende Juni zugestellt; es sind keine Einwände gekommen und somit gelten diese Daten als definitiv. Die Übersichtsliste wurde allen Einwohnerräten bereits zugestellt.

Neue persönliche Vorstösse:

Vor der Sitzung wurden folgende persönliche Vorstösse eingereicht:

- Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend "Rollstuhlgängig" vom 22. August 2011
- Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend "Flugzug-Halt in Pratteln" vom 22. August 2011
- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Planschbecken im Jörinpark" vom 22. August 2011

Für die Fragestunde sind für diese Sitzung keine Fragen eingegangen.

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses:

Aufgrund der heutigen Abwesenheit von Einwohnerrat Roger Schneider hat er das Büro gebeten, das Traktandum 5, Geschäft Nr. 2739, Postulat betreffend „Sicheres Überqueren der Oberemattstrasse für Kindergartenkinder“ von der heutigen Traktandenliste abzusetzen und in der Septembersitzung neu zu traktandieren.

Urs Hess: Im Namen der SVP-Fraktion schlage ich vor, das Geschäft Nr. 9, die Resolution zum AKW Fessenheim, als Traktandum Nr. 3 zu nehmen und die Beantwortung des Postulates, die auch mit Fessenheim zu tun hat, als Traktandum 4 weiter laufen zu lassen, so dass wir zuerst die Resolution behandeln und anschliessend das Postulat.

Abstimmung zum Antrag von Urs Hess

://: Der Rat stimmt dem Verschiebungsantrag von Urs Hess mit 20 Ja bei 11 Enthaltungen zu.

Der Rat ist stillschweigend mit dem Vorschlag von Roger Schneider bzw. dem Büro, einverstanden, das Geschäft Nr. 2739 von der heutigen Traktandenliste abzusetzen. Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2744

Sondervorlage, Bewilligung Baukredit von CHF 8'210'000.-- für den Neubau des Feuerwehrmagazins auf Parzelle 1081, Stockmatt (inkl. Landerwerb)

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates 5. Juli 2011

GR Rolf Wehrli: Ich freue mich, ihnen die Sondervorlage zur Bewilligung betreffend eines Baukredites von 8'210'000.-- Millionen Franken für den Neubau des neuen Feuerwehrmagazins für unsere Gemeinde Pratteln vorstellen zu dürfen. Zu meinen Ausführungen haben wir ihnen eine Tischvorlage abgegeben. In der Regel halte ich mich kurz und beschränke mich auf das Wesentliche. Erlauben sie mir, dass ich ihnen heute zum neu-

en Feuerwehrmagazin etwas ausführlichere Informationen vermitteln und näher auf die Details und Hintergründe eingehen möchte. Die Planungskommission mit Vertretern aus der Feuerwehr und dem Gemeinderat sind überzeugt, dass das neue Feuerwehrmagazin ein sorgfältig abgeklärtes, vernünftiges und gutes Projekt ist und das Volk mit ihrer Zustimmung darüber abstimmen kann. Es ist unbestritten, dass das bestehende Feuerwehrmagazin aus dem Jahre 1925 von den ungenügenden Platzverhältnissen her für einen zeitgemässen Feuerwehrbetrieb nicht mehr tauglich ist. Es ist zudem in einem bedenklichen baulichen Zustand. Im jüngsten Inspektionsbericht vom Juni 2011 hat auch der kantonale Feuerwehrinspektor seine Bedenken zum Ausdruck gebracht. Die notwendige statische Sicherheit ist nicht mehr 100%-ig gegeben. Der Baugrund ist labil. Die Resultate von den wiederholten statischen Untersuchungen sind beunruhigend und zwingen zum Handeln. Wegen dem labilen Baugrund mussten in den vergangenen Jahren wiederholt Massnahmen ergriffen werden.

Im Neubau in der Stockmatt, steht genügend Platz für einen zeitgemässen Feuerwehrbetrieb für die Sicherheit der Gemeinde Pratteln und die Integration des Zivilschutzes zur Verfügung. Die topp ausgebildete, motivierte und einsatzbereite Feuerwehr der Gemeinde Pratteln verdient einen gut ausgerüsteten Arbeitsplatz. Bei den 3 Phasen, die zur heutigen Vorlage geführt haben, standen jeweils die Erstellungskosten, selbstverständlich nebst einer funktionalen Gestaltung des Neubaus, im Vordergrund. Der Gemeinderat hat sich zum Ziel gesetzt, ein kostengünstiges und zweckmässiges neues Feuerwehrmagazin zu realisieren. In der Broschüre zur Volksabstimmung vom 27. September 2009 ist unter approximativer Baukostenschätzung ein Betrag von 3 Millionen Franken erwähnt. Ich betone Baukosten und nicht Anlagekosten. Die Baukosten sollen im Rahmen von 3 Millionen Franken liegen, exklusiv Mehrwertsteuer und Landerwerb. Selbstverständlich sind damals unbekannte Vorbereitungsarbeiten, Betriebseinrichtungen und Ausstattungen usw. nicht enthalten gewesen. Es handelte sich um eine Baukostenschätzung aufgrund einer Studie. Der Planungskredit ist unter anderem dafür verwendet worden, das Projekt im Rahmen des durchgeführten Wettbewerbs zu konkretisieren. Ich erwähne zum Beispiel das genaue Raumprogramm sowie genauere Baukosten usw. Der Wettbewerbssieger hat nun das Projekt zusammen mit der Planungskommission soweit ausgearbeitet, dass der Gemeinderat die Vorlage eines Baukredits und ein reifes Neubauprojekt präsentieren kann.

Beim Wettbewerb sind die Kosten für Ausstattungen und Vorbereitungsarbeiten nicht berücksichtigt, um eine Vergleichbarkeit der fünf eingegangenen Projektvorschläge zu gewährleisten. Im ersten Moment erscheint es und da gebe ich Ihnen recht, dass die Baukostenschätzung vom September 2009 von 3 Millionen Franken und heutigen Erstellungskosten von 6'077'000.-- Millionen Franken, ich nenne es mal - als happig oder Verdoppelung erscheinen! Bei näherer Betrachtung, ich komme noch darauf zurück, ist es erklär- und nachvollziehbar. Der Gemeinderat und ich wollten aufgrund der Baukostenschätzung erreichen, dass wir dieses hochgesteckte Ziel oder die Vorgabe auch erreichen. Es ist uns nicht gelungen und wir haben das Ziel nicht erreicht. Wir hatten vor bald 2 Jahren offen über die approximative Baukostenschätzung informiert. Die damals geschätzten Kosten, ich rede von Baukosten ohne Betriebseinrichtungen und Ausstattungen, stützten sich auf eine Studie ab, womit natürlich auch eine grössere Kostenunge nauigkeit verbunden war. Ebenfalls ist das Raumprogramm seither erhöht worden. Von den anfänglich 8 Einstellboxen sind es nun 10 Boxen und die Zivilschutzorganisation ist im Projekt involviert, wie es in der Einwohnerratsdebatte vom 16. Februar 2009 zum Investitionskredit für die Projektierung des neuen Feuerwehrmagazins zum Stichwort Wehrdienstzentrum erwähnt wurde. Ein neues funktionales und zeitgemässes Feuerwehrmagazin ist mit dem heutigen, evaluierten und benötigten Raumprogramm sowie der Erweiterung für den Zivilschutz, für 3 Millionen Franken nicht erhältlich. Dies hat sich bei der 2. Phase zur heutigen Vorlage im Rahmen der Baukosten gemäss Projektwettbewerb abgezeichnet. Wie erwähnt möchte ich nun zu den 3 Phasen, die zur heutigen Vorlage geführt haben kommen und Ihnen dazu auch Zahlen und Mehrkosten, siehe Tischvorlage näher erläutern.

1. Approximative Baukostenschätzung

Ziel/Vorgabe Gemeinderat Vorlage Volksabstimmung 2009

erste Baukostenschätzung (Studie) nicht Anlagekosten!

CHF 3'000'000

Für Vergleich mit Wettbewerb 2010 aufrechnen von:

Vorbereitungsarbeiten

CHF 60'000

Betriebseinrichtungen (inkl. ZS-Küche)

CHF 410'000

Ausstattungen

CHF 70'000

MWST 8 %

CHF 283'000

Total erste Baukostenschätzung

CHF 3'823'000

2. Baukosten gemäss Wettbewerb 2010

Kostengenauigkeit +/- 25 %

Ausführliches Raumprogramm) plus 2 Boxen, inkl. ZS, Garderobe

Baukosten

CHF 3'900'000

Vorbereitungsarbeiten

CHF 60'000

Ausstattungen

CHF 70'000

MWST 8 %

CHF 323'000

Total

CHF 4'353'000

3. Baukosten Projekt und Kostenvoranschlag 2011

Kostengenauigkeit +/- 15 %

Projektvorlage ER-Sitzung 22.08.2011 exkl. Landkauf

CHF 6'077'000

Mehrkosten gegenüber dem Wettbewerb

CHF 1'724'000

4. Begründung Mehrkosten – Mehrleistungen 2011

grössere Erdbbensicherheit

CHF 280'000

zusätzliche Lüftungseinbauten

CHF 200'000

höhere Aufwendungen Gebühren

CHF 130'000

Schlauchwaschanlage

CHF 100'000

stärkere Dimensionierung Dach

CHF 70'000

Betriebseinrichtung mit zusätzlicher ZS-Küche

CHF 190'000

Mehrleistungen/Mehrkosten

CHF 970'000

MWST 8 %

CHF 77'000

Total

CHF 1'047'000

Mehrkosten wegen Mehrleistungen

Bei anderen Arbeitsgattungen

CHF 250'000

Kostenungenauigkeit 10 %

CHF 427'000

Total

CHF 1'724'000

Im Vergleich dürfen wir nicht nur von Mehrkosten, sondern von tatsächlichen Mehrleistungen sprechen und ich möchte dies auch betonen. Die Mehrleistungen haben natürlich auch Mehrkosten bei den übrigen Arbeitsgattungen wie den Elektroanlagen, den Sanitärarbeiten, den Honoraren usw. zur Folge, die 250'000.-- Franken ausmachen. Aufgrund der Einholung von aktuellen Richtofferten/Preisen hat die Kostenwahrheit ergeben, dass im Wettbewerbsverfahren bei allen Arbeitsgattungen etwas knapp gerechnet worden ist. Damit sind die restlichen "Mehrkosten" von rund 427'000.-- beziehungsweise rund 10 % der Kostengenauigkeit- beziehungsweise Ungenauigkeit der entsprechenden Phase Wettbewerb plus/minus 25 % zuzuschreiben. Ich möchte auch noch einen Vergleich der Kubikmeterkosten mit anderen Feuerwehrmagazinen erwähnen. In Pratteln beträgt dieser beim heutigen Stand 364.-- Franken. Nach Auskunft beträgt er in Allschwil 364.-- und in Muri 420.-- Franken. Die Kubikmeterkosten hängen natürlich auch von der Grösse ab, weshalb ein absoluter Vergleich schwierig ist. Der Benchmark zeigt jedoch, dass vergleichbare Zweckbauten zwischen CHF 350 bis 450.-- Franken pro Kubikmeter gebaut werden. Der Vergleich der reinen Baukosten für das Gebäude ergibt, dass unser Projekt sich gut im Rahmen solcher Bauten bewegt. Es gehört zu einer üblichen Projektentwicklung, dass sich das Projekt während den verschiedenen Planungsphasen vom Raumprogramm und den Wünschen der Bauherrschaft her konkretisiert. Dementsprechend können auch die Baukosten mit der fortschreitenden Planung genauer berechnet werden. Die Kostengenauigkeit wird bis zur Vorlage des Bauprojektes verfeinert. Der Strassenbau im Bereich des Areals Feuerwehrmagazin kostet rund CHF 220'000.-- und wird wie üblich der Investitionsrechnung belastet. Der Ausbau dieser Strasse wird zusammen mit einem Teilausbau Baslerstrasse projektiert. Die Realisierung kann in Etappen erfolgen. Die Kosten und der Standard für den Ausbau der Baslerstrasse sind noch nicht bekannt.

Eine Umzonung der Parzelle in ÖWA zum Bau eines Feuerwehrmagazins ist nicht notwendig. Der Teilzonenplan Pratteln Mitte ist dem Regierungsrat kürzlich zur Genehmigung eingereicht worden. Das Feuerwehrmagazin kommt danach in die Gewerbezone zu liegen und ist zonenkonform. Es ist durchaus bei einer zukünftigen Revision des Zonenplanes allenfalls denkbar, das Grundstück in die ÖWA einzuteilen. Was die Tanklager mit den gelagerten Gütern beim Standort vom neuen Feuerwehrmagazin betreffen, ist dies mit dem Sicherheitsinspektor des Kantons, der SI-Group sowie dem Feuerwehrinspektor abgeklärt worden. Die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr ist jederzeit gewährleistet. Die Inhalte der Tanks sind nicht explosiv bzw. gefährlich.

Für eine Direktberatung liegt ein von der Planungskommission sorgfältig abgeklärtes, vernünftiges und gutes Projekt für unser neues Feuerwehrmagazin vor. Die Feuerwehr Pratteln wurde regelmässig durch die Vertreter der Planungskommission in Kenntnis gesetzt. Wir haben vom Kommando die Auskunft erhalten, dass die Feuerwehr Pratteln hinter dem Projekt steht. Zu guter Letzt möchte ich auch die Gelegenheit nutzen um Dankeschön zu sagen. Die eingesetzte Planungskommission hat in mehreren intensiven Sitzungen sehr gute Arbeit geleistet. In meinen Dank möchte ich auch die Gemeindeverwaltung und die Abteilung Bau einschliessen sowie die Mitglieder der Bau- und Planungskommission. Letzten Freitag durften wir in der Bau- und Planungskommission die Vorlage erläutern. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.

Dieter Härdi, Leiter der Abteilung Bau, steht heute Abend für die Beantwortung allfälliger Fragen zur Verfügung.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

Eintreten

Bruno Baumann: Die SP bedankt sich beim Gemeinderat für die gute und detaillierte übersichtliche Vorlage, die uns heute Abend präsentiert wurde. Die SP ist für Direktberatung, nicht aber für die Überweisung an eine Kommission. Weitere Punkte folgen später.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion sieht klar den Bedarf für ein neues Feuerwehrmagazin. Zu den Kosten: Die Kosten haben sich gegenüber der Schätzung verdoppelt, nämlich von CHF 3 auf 6 Mio. für den Bau. Der Gemeinderat hat sich im Jahr 2009 gewaltig vertan in seiner Schätzung und irgendwer hat seine Arbeit relativ unseriös gemacht. Wir haben GR Rolf Wehrli aufmerksam zugehört; es ist aus unserer Sicht immer noch nicht befriedigend. Auch die Aufteilung der Kosten in Anlage- und Baukosten, wie es GR Rolf Wehrli aufgeführt hat, ist uns nicht ganz klar und wir können nachweisen, dass in der Projektierungsvorlage die Kosten so aufgeteilt waren. Ich habe die Projektierungsvorlage hervorgesucht, dies ist nun keine grosse Sache mehr, weil es im Internet einsehbar ist. Ich zitiere: „Die Baukosten exklusiv Landerwerb dürfen CHF 3 Mio. nicht überschreiten (BKP Nr. 1 – 9)“. 1 bis 9 enthält alle Baukosten und 9 betrifft die Ausstattungen, also stimmt es nicht, dass die Ausstattungen nicht im Betrag von CHF 3 Mio. enthalten waren. Also wurde es bereits in der Projektierungsvorlage auf CHF 3 Mio. geschätzt. Das Volk kommt sich „an der Nase herumgeführt“ vor, wenn wir innerhalb von 2 Jahren eine derartige Kostensteigerung haben. Die SP-Fraktion hat schon beim Projektierungskredit gesagt, dass es mehr Land benötigt und man das Feuerwehrmagazin nicht für CHF 3 Mio. realisieren kann. Zur Vorlage: Trotz dieser Zusatzinformationen sind wir mit der Vorlage nicht zufrieden und es handelt sich noch immer um eine unvollständige Vorlage und es fehlt ein Kapitel über die Folgekosten. Dieses wird zwar angedeutet, aber es steht nichts über die Abschreibungen. Abschreibungen muss man nicht erfinden, sie werden mit Sicherheit anfallen und zu zusätzlichen Mehrkosten von - geschätzt - rund einer halben Million Franken pro Jahr führen. Aus unserer Sicht ist es einmal Mehr eine unvollständige Vorlage - wir haben ja bereits einen Vorstoss in die Richtung der Strukturierung und Standardisierung der Vorlagen gemacht. Wir können nicht jedes Mal vom Gemeinderat getröstet werden, dass noch Informationen nachgeliefert werden und jedes Mal wird gesagt, die nächste Vorlage wird besser. Es ist noch immer Verbesserungspotential vorhanden und gerade die Folgekosten – wie finanziert man diese? – sind hier nicht enthalten und daher ist es aus unserer Sicht keine vollständige Vorlage. Wir finden auch, dass die erwähnte Strasse, die unserer Meinung nach extra für das Feuerwehrmagazin gebaut wird, auch zum Kredit gehört und aufgenommen werden müsste. Wir kommen zum Schluss, dass eine Vorlage diesen Kalibers – es geht um über CHF 8 Mio. – seriös zu prüfen ist und auch die Kostenentwicklung, die innert 2 Jahren statt gefunden hat. Wir kommen zum Schluss, dass man die Vorlage mit den hier vorgeschlagenen Massnahmen fit für die Volksabstimmung macht und den nötigen Rückhalt gibt, wenn man sie dem Volk unterbreiten will. Dazu gehört auch, die Strasse aufzunehmen. Es ist auch zu überlegen, ob man ein Kostendach festlegen will, dass man garantiert nicht überschreiten darf und daher beantragen wir, dass die Vorlage für eine seriöse Überprüfung an die BPK überwiesen wird.

Dominique Häring: Die CVP begrüsst diese Vorlage und sieht in diesem Projekt einen Zugewinn für die Gemeinde und ein besonders attraktives Feuerwehrmagazin mit sehr vielen Optionen. Planungskommission und Gemeinderat haben sehr gute Arbeit in der Umsetzung geleistet und eine gute Vorlage für die Volksabstimmung ausgearbeitet. Die neuen und höheren Kosten hat GR Rolf Wehrli durch die detaillierten Ausführungen teilweise erklärt. Zur Prüfung wurde auch die Planungskommission eingesetzt und dies weiss, von was sie redet. Die CVP stimmt dem Beschluss gerne zu und möchte ihn zur Volksabstimmung frei geben.

Stefan Löw: Eine kurze Bemerkung an das Büro: Ich möchte anregen, dass die Stimmzähler ihre Resultate in Zukunft laut und deutlich den Anwesenden kund tun, damit wir wissen, was sie gezählt haben und wir die Karte herunternehmen können und auch mitrechnen können. Ich erwarte auf die nächste Einwohnerratssitzung eine Antwort. Zur Vorlage: Dies ist eine wichtige Investition für die nächsten 50 Jahre. Trotzdem waren auch wir über den hohen Betrag der Vorlage sehr erstaunt. Es ist eine undankbare Aufgabe, wenn es so abläuft und nicht ganz nachvollziehbar. Umso mehr, wenn man die Zahlen aus anderen Gemeinde hat und alleine auf Grund einer Grobabschätzung des Bedarfes darauf gekommen wäre, dass CHF 3 Mio. nicht ausreichen. Dies zeigt wieder einmal, dass die Kreditsprechung für eine Sondervorlage respektive einen Projektierungskredit sehr wichtig ist und nicht direkt vom Betrag abhängt, sondern dass man es in einem solchen Fall grundsätzlich vornehmen und sicher zuerst einer Volksabstimmung unterwerfen muss, dass man überhaupt gerade und saubere Zahlen erhält. Dies zeigt, dass man dies auf jeden Fall hätte machen müssen und den Betrag auf jeden Fall hätte sprechen müssen, um zu sauberen Zahlen zu kommen. Die FDP-Fraktion bittet sie, das Geschäft direkt zu beraten und so vorwärts zu machen und das Volk auf Grund der Sachlage und anderen Informationen abstimmen zu lassen.

Patrick Weisskopf: Es ist noch nicht lange her, als wir über das Geschäft 2584 Sondervorlage Neubau Feuerwehrmagazin gesprochen. Damals war die Fraktion der Unabhängigen und Grünen für eine Rückweisung des Geschäftes, weil noch zu viele Fragen der Standortevaluation und der Alternativen zu wenig dokumentiert waren. Wir haben darauf hingewiesen, dass es keine simple Verlegung des Werkhofes sein wird, und haben heute eine hundertprozentige Vorbereitung und Dokumentation erwartet. Mit dem Behördenreferendum gab es 2'027 Ja zu 1'428 Nein bei einer sehr hohen Stimmbeteiligung von 43%. Unterdessen haben sich die Baukosten im Vergleich zu den Abstimmungsunterlagen verdoppelt und wir reden jetzt über CHF 6 Mio. statt den Rahmenbedingungen von CHF 3 Mio. Zahlen haben wir gehört, aber bedenkt, was dies für die Einwohner bedeutet hätte, wenn sie dies schon von Anfang an gesehen hätten. Ganz einfach hätte man mit den Kubikmeterpreisen sehen können, ob es passt oder nicht. Die bekannten CHF 3 Mio. waren also von Anfang an unrealistisch und haben den Wunsch des Gemeinderates ausgedrückt, ein günstiges Feuerwehrmagazin zu bauen. Uns erstaunt es daher nicht, dass sich einige Einwohner und Einwohnerräte in Pratteln vor den Kopf gestossen vorkommen. Gleichzeitig ist ein Planungskredit dazu da, solche Situationen aufzuzeigen und Kostentransparenz zu bringen. In die Kostentransparenz gehören auch sämtliche Aufwendungen in einer richtigen Bruttoaufstellung. Wie vorher erwähnt, müsste auch der Strassenbau im Bereich des Areals enthalten sein, also weitere CHF 220'000. Man kann es drehen und wenden wie man will, es ist sehr viel Geld für die Sicherheit und wir sind der Meinung, man solle dies noch einmal in der BPK anschauen und sich fragen, was man mit CHF 5 Mio. bekäme. Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Eintreten, aber diesen hohen Preis können wir so nicht akzeptieren. Ebenfalls kommt für uns der automatische Abriss des alten Feuerwehrmagazines nicht in Frage; wir möchten vorher wissen, ob eine alternative Nutzung mit teilweisem Rückbau möglich ist.

Urs Schneider: GR Rolf Wehrli hat zu Beginn gesagt, dass die Feuerwehr hinter dem Projekt steht und nun steht es etwas schräg in der Landschaft, wenn unsere Fraktion, die zu 70 – 80% aus Feuerwehrleuten besteht, diese Vorlage viel skeptischer hinterfragt als alle anderen Fraktionen. Wir wurden natürlich immer wieder über den Stand der Planung informiert, was wir sehr geschätzt haben. Als ich die Zahlen das erste Mal gehört habe, war es auch für mich sehr viel und es ist immer noch sehr viel. Am Offiziersrapport haben wir beschlossen, hinter dieser Vorlage zu stehen und daher kann ich sagen, dass nicht die ganze SVP-Fraktion den Antrag von Christian Schäublin unterstützen wird.

Urs Hess: Diese Vorlage tue ich als absolut untauglich ab. Sie gaukelt etwa vor und verschweigt Tatsachen und kommt mit einer riesigen Zahl und vorher hat man dem Volk etwas vorgegaukelt. So fühle ich mich klar, auch als Stimmbürger und Steuerzahler, vom Gemeinderat betrogen. Man hat klar gesagt, das Feuerwehrmagazin koste CHF 3 Mio.

und kommt jetzt mit einer Verdoppelung, zuckt mit den Achseln und sagt „Es ist halt etwas mehr“. Es sind aber eine ganze Menge Punkte enthalten. Ich verstehe sehr viel von dieser Übung, warum es mehr kostet, aber ich habe hierin schon klar beim Projektierungskredit gesagt, dass man für CHF 3 Mio. kein Feuerwehrmagazin baut und es braucht sicher CHF 5 Mio. Der Gemeinderat hatte damals trotzdem die Auffassung, dass CHF 3 Mio. reichen würden. Wenn man mit einer Halbwahrheit beim Volk einen Kredit holen will, ist dies nicht fair vom Gemeinderat gegenüber seinem Volk, das letztes Mal dem Kredit zugestimmt hat. Ich habe noch Fragen: Erdbebensicherheit wird hier aufgeführt und die grössere Erdbebensicherheit kostet CHF 280'000 mehr. Die Erdbebennorm hat aber nicht geändert und ist immer noch dieselbe wie 2009. Darum will ich wissen, warum es mehr Erdbebensicherheit gibt und ob man die seit Beginn geforderte Erdbebensicherheit aus eigenem Nutzen, mit dem Gefühl, es müsse besser sein, erhöht hat ob sie es nun braucht oder nicht. Für mich ist ein klarer Fall, dass auch die Strasse zum Feuerwehrmagazin gehört und wenn man es ganz genau machen will, müsste auch noch der Abbruch des alten Feuerwehrmagazines dazu gehören. Sonst redet man schlussendlich von CHF 10 Mio. und es war einfach so, hatte aber ursprünglich von CHF 3 Mio. gesprochen plus CHF 1.5 Mio. für das Land. Darum bin ich der Auffassung, dies ist nicht sauber und nicht fair, wie der Gemeinderat mit der Bevölkerung umgeht und ich denke, es sind sehr viele Punkte darin, auch in dieser Aufstellung, die etwas mehr Klarheit bringt und man darin sieht, dass einmal mit und einmal ohne Mehrwertsteuer gerechnet wurde aber die Kleinigkeit von 8% liegt wahrscheinlich in der Ungenauigkeit von 25% beim Gemeinderat. Also muss ich sagen, dass es nicht ernst sein kann, dass man diese Vorlage einfach so durchwinkt. Die Feuerwehr hat ein gutes Magazin verdient und soll auch eines bekommen. Anlässlich einer Orientierung, GR Rolf Wehrli hat es erwähnt, anlässlich einer Orientierung der BPK, wurde bereits ein Termin abgemacht, so dass man die jetzt noch offenen Fragen behandeln und an der nächsten Einwohnerratsitzung das Geschäft bereits wieder von der BPK aus vorlegen könnte. Für mich ist das, was hier passiert, ein Affront gegenüber der Bevölkerung, denkt an eure Verantwortung. Ihr habt hierin einmal Ja gesagt und zwar zu CHF 3 Mio. und wir geben CHF 200'000 für die Planung und Projektierung aus und jetzt stehen wir da und gebe statt CHF 3 bzw. 4.5 Mio. über CHF 8 Mio. aus. Dies ist nicht seriös und hier müssen wir die Finger drauf halten. Wenn der Gemeinderat mit der Gemeindeverwaltung kommt und irgendeine Zahl bringt, muss man diese verdoppeln und das gibt dann die neue Gemeindeverwaltung. Das kann es nicht sein und so können wir hierin nicht miteinander umgehen. Wir müssen fair miteinander umgehen, wir müssen offen miteinander sein und alles klar auf den Tisch legen. Wenn man hier zu einer sauberen Transparenz kommen will, muss man alles berücksichtigen. Für mich ist auch klar, dass es ein Kostendach braucht und das Kabarett mit der Alten Dorfturnhalle brauchen wir nicht mehr. Dort hat man gesagt, was es kosten dürfte und es wurde trotzdem immer mehr und solche Punkte sollte man noch einmal anschauen und daher ist meine Meinung klar: Es gehört an die BPK.

Stefan Löw: Ich beschränke mich auf einen Rückweisungsantrag des Überweisungsantrages an die BPK. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass es den Gang über die BPK nicht mehr erfordert. Die für das Geschäft eingesetzte Planungskommission ist sehr kompetent und umfassend abgestützt und hat eine umfassende und sehr ordentliche Arbeit geleistet. Wir investieren Geld im Sicherheitsbereich, das ganz andere Aspekte hat, die nicht nur rein materiell und finanziell zu betrachten sind sondern auch Funktionalität und Langlebigkeit spielen eine Rolle. Man muss aufpassen, dass man nicht nur rein auf Grund von Zahlen den Betrag reduziert und dieser nicht den Bedürfnissen entspricht. Ich bin daher auch nicht für ein Kostendach; ich bin für ein Projekt, das fundiert ist und in die Zukunft weist. Das jetzige Feuerwehrmagazin ist nun 50 Jahre alt und wir werden für wiederum 50 Jahre eine Investition in die Zukunft tätigen. Wenn wir Geld einsparen, dass uns später weh tut, lässt es sich nicht mehr reparieren. Ich bitte sie, das Geschäft direkt zu beraten. Es ist fundiert und stellt eine Vorlage dar, über die wir befinden können. Nicht in Ordnung ist, dass der Rückbau des alten Feuerwehrmagazines sicher nicht in diese Vorlage gehört; man könnte das Gebäude auch stehen lassen, ohne dass viel passiert. Auch die Kosten der Erschliessungsstrasse – es handelt sich um eine öffentli-

che Aufgabe – sollen so behandelt werden wie die anderen Strassen zu anderen Projekten auch finanziert werden. Es hat mit dem Objekt direkt nichts zu tun und so gesehen ist die vorhandene Vorlage mit dem Betrag von CHF 8.21 Mio. durchaus vertretbar und schlussendlich führen wir diese Vorlage einem Volksentscheid zu und die Stimmbevölkerung ist imstande, dies zu beurteilen und entsprechend den jetzigen Zahlen zu handeln und abzustimmen.

Bruno Baumann: Zur Nichtüberweisung an die BPK: Urs Hess hat Tendenz zum Übertreiben und Dramatisieren. Klar, wir wissen es und er hat es 10 oder 15-mal erwähnt, dass es bei den ersten Schätzung CHF 3 Mio. waren und nun mehr ist. Eine Überweisung an die BPK: Was für Fragen habt ihr denn überhaupt? Wir haben heute eine Tischvorlage erhalten, die alles aufzeigt, warum es mehr kostet. Ich glaube nicht, dass die Feuerwehrleute einverstanden sind, wenn wir nun den zusätzlichen Lüftungseinbau weglassen und ich glaube nicht, dass die Feuerwehrleute einverstanden sind, dass wir die Schlauchwaschanlage streichen – solche Sachen haben ihren Preis. Es ist nach wie vor eine gute Vorlage und wir stehen dahinter. Fragt heute Abend den Gemeinderat aus, was nicht klar ist. Es hat keinen Wert, die Zeit läuft uns davon und was heute ins Feld geführt wird, ist eine reine Verzögerungstaktik. Was wollt ihr wissen? Transparenz ist da und fragt die Herren und Damen, die hier sind. Dann müssen wir nicht warten bis zum nächsten oder übernächsten Mal und die Zeit läuft uns davon. Darum erwähne ich noch einmal, dass wir dagegen sind, dies an die BPK zu überweisen.

Kurt Lanz: Man kann es anschauen wie man will. Ich kann ja auch sagen, die Vorlage im Jahr 2009 war eine Standortvorlage. Damals ging es um einen Standort und wenn es nicht um den Standort gegangen wäre, hätte der Rat schon ohne das Behördenreferendum dem Projektierungskredit zugestimmt. Ich selber habe dem Projektierungskredit zugestimmt, ein Projektierungskredit ist für mich dazu da, etwas zu projektieren und mehr in die Tiefe zu gehen. Ich habe damals nicht den CHF 3 Mio. zugestimmt, ich habe dem Projektierungskredit zugestimmt, bei dem es wohl verstanden, um CHF 3 Mio. gegangen ist, aber die Projektierung hat nun ergeben, dass es mehr kostet. Wenn wir schon von Anfang weg wissen, was es kostet, brauchen wir keinen Projektierungskredit und aus diesem Grund kann ich sehr gut leben mit diesen Zahlen. Bruno Baumann hat es angesprochen: Auch ich bin mir nicht sicher, was die BPK noch soll. Die Planungskommission, die dieses Projekt erarbeitet hat, war breit abgestützt und so breit ist die BPK nicht abgestützt. Irgendwelche Fragen können nun dem Gemeinderat gestellt werden und Herr Härdi kann Auskunft geben, wenn es in die Tiefe geht. Ich kann dasselbe sagen wie Bruno Baumann: „Nutzen sie die Gelegenheit und fragen sie“. Das Einzige, wo ich tatsächlich Urs Hess recht geben muss, ist, dass es unschön ist, dass ich heute Abend eine Tischvorlage erhalte. Dies hätte in die Regelvorlage gehört und ich möchte dem Gemeinderat mitgeben, wenn man es schon aufschreibt, hätte man es auch in die Regelvorlage schreiben und dem Einwohnerrat mitgeben können. Dies hat etwas mit Transparenz zu tun und da gebe ich Urs Hess Recht. Sonst sehe ich nicht ein, was die BPK hier noch verändern soll. Ich bitte sie daher, der Überweisung an die BPK nicht zuzustimmen und das Geschäft jetzt zu Ende zu behandeln.

GR Ruedi Brassel: Es ist klar, dass eine Vorlage dieser Dimension und vielleicht auch mit dieser Vorgeschichte Fragen und Wellen aufwirft und sorgfältig angeschaut werden muss und dies hat die Begleitkommission gemacht. Wir haben sehr genau verschiedene Varianten geprüft und auch auf Sachen verzichtet. Es hat sich gezeigt, dass Bedürfnisse vorhanden sind, die man mit dieser Vorlage auffangen konnte wie der Bereich des Zivilschutzes, die Erdbebensicherheit, die Bestückung des Daches, damit es Solaranlagen verträgt usw. Im Verlaufe der Projektierung sind Sachen dazu gekommen, die uns richtig und wichtig erschienen und darum wurden diese Sachen aufgenommen. Kurt Lanz hat dies richtig gesagt, dies ist der Sinn der Projektierung und wenn Urs Hess meint, es sei ein Affront gegenüber der Bevölkerung, dass man seinerzeit CHF 3 Mio. versprochen bzw. einen Kredit von CHF 3 Mio. eingeholt hätte, dann probiert er polemisch zu formulieren, was so nicht stimmt. Es ging 2009 tatsächlich um einen Projektie-

rungskredit mit genau dem Ziel, im Verlaufe der Projektarbeit zu schauen, welches sind die genauen Bedürfnisse, wie können sie sinnvoll und effizient erfüllt werden und was kann man an Synergien einbringen und wie können wir dies nachher vertreten? Wir stehen da und sagen „Jawohl, es ist nicht schön, dass es wesentlich mehr kostet und doch ist es gut, weil wir eine sehr gute Leistung für diesen Preis haben“. Man kann beide Seiten anschauen. GR Rolf Wehrli hat es schon betont, wir haben ein gutes und funktionales Feuerwehrmagazin, wenn wir dieses Projekt realisieren und eine Investition in die Zukunft. Es bestreitet Niemand, dass es ein neues Feuerwehrmagazin braucht. Wir haben ein altes Feuerwehrmagazin, das dermassen erdbebengefährdet ist, dass das erste Krachen eines Hauses in Pratteln das Feuerwehrmagazin ist und diejenigen, die helfen müssten, können nicht mehr ausfahren, weil das Magazin verschüttet ist. Dies ist mit ein Grund und natürlich auch die erhöhte Sensibilität durch das Erdbeben in Japan. Dies ist mit ein Grund, warum wir eine höhere Erdbebensicherheit anstreben und dies dem Projekt zum Vorwurf zu machen, ist sehr billig. Wenn es Leute gegeben hat, die 2009 schon gesagt haben, dass man für CHF 3 Mio. dies nicht machen kann, dann kann ich sagen „Chapeau, klopft euch auf die Schultern, ihr habt Recht gehabt“. Warum dies jetzt gerade diese Leute daran hindern soll, die CHF 5 oder 6 Mio. zu sprechen, die sie damals schon vorausgesagt haben, verstehe ich nicht. Ich denke, die Planungskommission hat dieses Projekt sehr sorgfältig durchgestrahlt und die BPK konnte ebenfalls davon Kenntnis nehmen. Wir sind heute da, konkrete Fragen zu beantworten, wir sind da, um Transparenz zu schaffen – wir haben dies geschafft – und ob die CHF 220'000 im Projekt enthalten sind oder ob ausgewiesen ist, dass sie finanziert werden müssen, dass es zur Realisierung gehört und dieser Betrag bei den Investitionen enthalten ist, ist nicht erheblich. Wir verstecken nichts, das ist das Entscheidende. Bitte fragt und bringt konkrete Einwände, aber einfach aufschieben, damit politisch Lärm gemacht werden kann, bringt nichts und auch der Feuerwehr nicht. Wir müssen das Magazin realisieren und zwar bevor etwas im alten Magazin passiert. Ich danke für eure Unterstützung.

Stefan Ackermann: Konkrete Fragen muss man stellen und dies ist nicht so einfach. Meine konkreteste Frage ist: Meint der Gemeinderat effektiv, dass man einen solchen Budgetposten beim Volk durchbringen wird? Ist es nicht auch möglich, das Feuerwehrmagazin günstiger zu haben? Hat man dies wirklich abgeklärt? Da gebe ich natürlich Recht, dass die Frage, ob es günstiger zu machen ist, nicht auf die nächste Sitzung des Einwohnerrates zu beantworten ist und auch nicht Aufgabe der BPK. Von unserer Seite aus war 2009 der Punkt, man solle die Bevölkerung fragen, ob sie sich einen Wechsel im Standort des Feuerwehrmagazines vorstellen könne, also, ob es wo anders stehen könnte. Bei uns stand diese Frage im Zentrum. Der Gemeinderat hat sich dazu entschieden, einen Preis in die Vorlage zu nehmen, um Transparenz zu schaffen und wie wir jetzt sehen, ist der Preis weit daneben, obwohl man Kubikmeterpreis-Vergleiche machen kann und dann sieht, dass man mit dem Betrag, den wir heute auf dem Tisch haben, absolut im Rahmen sind. Warum hat man nicht schon damals einen solchen Wert bekannt geben? War nicht doch eine Taktik dahinter; eine Verzögerungstaktik, die Bruno Baumann der SVP vorgeworfen hat und allen Jenen, die eine Überweisung an die BPK unterstützen? Dann muss ich sagen „Nein, wieso verzögern?“ Ich sehe keinen Vorteil, wenn man es aus politischen Hintergedanken verzögert. Für mich entscheidend sind auch die Folgekosten, was das Feuerwehrmagazin schon alleine an Abschreibungen kostet. Dies sind Zahlen, die zur Transparenz gehören und auch in eine Tischvorlage, wenn es schon nicht in den Unterlagen ist. Ich bin nicht glücklich mit der Tischvorlage und auch nicht mit der Kostenexplosion, was es für mich ist. Ob die BPK wirklich das richtige Gremium ist und mich wundert, dass sich der Gemeinderat so stark dagegen wehrt, weil ihm nichts Besseres passieren kann, als schlussendlich einen Persilschein von der BPK zu erhalten in dem es heisst, die Zahlen stimmen so und ihr könnt es bauen.

Urs Hess: Für mich ist klar gewesen, dass wir seinerzeit über einen Projektierungskredit abgestimmt haben und damit eigentlich über den Standort. Schon damals war klar, dass man darüber geredet hat, wie viel ein Feuerwehrmagazin kosten darf. Hier, Ruedi Bras-

sel, geht es darum, eine Transparenz gegenüber unseren Steuerzahlern und Einwohnern zu erzeugen, damit wir auch nachher noch sagen können „So ist das Magazin richtig und mit diesen Kosten erreichen wir es“. Ich habe schon einmal gesagt, dass für mich klar ist, dass es ein Feuerwehrmagazin braucht und dies relativ schnell, aber auf einen Monat oder so kommt es auch nicht darauf an und ich weiss, dass ihr Probleme habt mit der Landbesetzung. Auch das reicht noch und ihr könnt die Volksabstimmung problemlos im November machen. Für euch ist es ein Umweg, für mich ist es der richtige Weg, ein solches riesiges Geschäft über die BPK zu erledigen. Zu den Fragen. Erdbebensicherheit: Dies ist noch nicht gelöst und ich habe noch keine saubere Antwort gehört. Es sind Honorare von CHF 830'000 ausgewiesen, CHF 200'000 dazu von der ersten schon bewilligten Tranche ergibt eine gute Million reine Planungskosten bei einem Magazin von CHF 5 Mio. Also kaufen wir CHF 4 Mio. Magazin und CHF 1 Mio. Planung, was mir komisch erscheint. Kostendach: Der GR sagt plus/minus 15%. Ist dies die Vorlage? Für mich gilt ein Kostendach von dem Betrag, den der GR hier will, nämlich CHF 8.21 Mio. Dazu muss ich sagen, es ist inklusive der Strasse zu CHF 220'000, diese Strasse gehört dazu. Dazu möchte ich vom Gemeinderat klare Antworten, wie er sich das vorstellt. Die Planungskosten sind massiv zu hoch aus meiner Sicht mit Honoraren über CHF 1 Mio. und bei der Erdbebensicherheit stimmt etwas nicht. Dies will ich klar wissen und über die Einrichtungen rede ich nicht. Diese braucht es und wenn man ein Gebäude aufstellt, muss man einen Nutzen haben. Ich stelle aber immer wieder fest, wenn wir Wettbewerbe ausschreiben, auf der Gemeinde gibt es Wettbewerbitis und es wird immer viel Geld ausgegeben und am Schluss kostet es mehr oder wird nicht realisiert wie beispielsweise der Bahnhofplatz.

Patrick Weisskopf: Ich habe weder Zivilschutz gemacht, noch war ich bei der Feuerwehr und stelle vielleicht Fragen, die andere als selbstverständlich erachten. Warum braucht es im Feuerwehrmagazin einen Theoriesaal für 200 Personen? Wie oft wird dieser gebraucht? Gibt es keine Alternativen in Pratteln? Zur Schlauchwaschanlage: Die Schläuche werden mit Wasser gefüllt und dann geht das Wasser hindurch. Braucht es dazu wirklich eine „Waschmaschine“ oder kann man die Schläuche auch draussen ausspülen? Es handelt sich wieder um CHF 100'000, die einfach da stehen und der Stimmbürger sollte dies verstehen und sicher sein, dass es dies braucht. Synergien mit dem Zivilschutz: Welches sind die Kosten und welches sind die Nutzen pro Jahr? Es ist hier nichts aufgeführt. Ebenfalls die Strasse auf dem Areal gehört aus meiner Sicht hinein, weil es sich um ein abgesperrtes Areal handelt. Zur Umzonung: Ein Feuerwehrmagazin hat einen etwas grösseren Impakt in einem Gewerbegebiet als ein Werkhof. Der Werkhof wird von morgens von 7 bis abends um 5 Uhr betrieben und dies montags bis freitags. Die Feuerwehr hat 280 Einsätze pro Jahr und dies während 24 Stunden und 7 Tagen in der Woche mit mehr oder weniger Lärm. Die Umzonung bitte anschauen, die Kosten aufzunehmen. Ich habe keinen Gerichtsentscheid gefunden, in dem es heisst, ein Feuerwehrmagazin ist gleich wie ein Werkhof, der Impakt eines Feuerwehrmagazines ist höher. Ich erwarte, dass diese Fragen bis zur Volksabstimmung geklärt sind und das Volk weiss, dass es sich um eine Variante handelt, die jemand angeschaut hat und es sich nicht um eine Luxusvariante handelt. Es handelt sich um das, was wir und die Feuerwehr brauchen und was man kritisch gegengeprüft hat.

GR Rolf Wehrli: Zu den einzelnen Fragen und Feststellungen: Christian Schäublin, Verdopplung: Wir haben daraus kein Hehl gemacht und auch zu Beginn der Debatte klar gesagt, dass es sich um eine Baukostenstudie handelte und nicht um die Anlagekosten. Wir hatten den Betrag von CHF 3 Mio. aus einer Studie und dies war unsere Vorgabe, die wir uns selber gesetzt hatten. Wir wollten dieses Ziel erreichen; ich habe im Detail erläutert, warum wir Mehrkosten haben. Es ist uns nicht gelungen und dazu stehen wir. Es handelte sich um eine Baukostenschätzung und das Projekt wurde mit Mehrleistungen weiter entwickelt, die ich vorhin begründet habe. Zu den Betriebskosten: Diese werden mit ca. CHF 35'000 pro Jahr beziffert. Die Abschreibung des neuen Feuerwehrmagazines erfolgt gemäss Vorgaben des Kantons mit jährlich 10% und der Verzinsung des Kapitals. Wir rechnen mit jährlichen Kosten von rund CHF 400'000 für Betriebskosten

und Abschreibungskosten im Schnitt. Zu Beginn sind diese Kosten höher, wenn wir vom vollen Betrag 10% abschreiben müssen. Die Planungskommission hat sich im Detail mit dieser Vorlage befasst. Es ist erstens kein Schnellschuss und zweitens keine Luxuslösung und drittens haben wir in der Bau- und Planungskommission auch den Gemeinderat zwischenorientiert, weil wir mit den Baukosten höher kommen und mit dem Wettbewerbssieger diskutiert und eine Sitzung abgehalten mit dem Ziel, die Kosten zu senken. Ihnen liegt ein Projekt vor, das man nicht mehr verbilligen kann, ausser man nimmt Mehrleistungen heraus, aber dann kann die Feuerwehr ihre Dienstleistungen nicht mehr vollständig erbringen, die sie eigentlich muss. Zu einzelnen Voten: Die Vorlage sei absolut untauglich und wir gaukeln dem Volk etwas vor und seien nicht fair und am Schluss koste es womöglich CHF 10 Mio. Dies ist eine heikle Aussage, wenn man uns kritisiert, es seien CHF 3 Mio. gewesen und nun plötzlich CHF 10 Mio. Wir gaukeln dem Volk nichts vor. Wir haben vom Einwohnerrat einen Projektierungskredit erhalten und ihnen eine sorgfältig ausgearbeitete Vorlage vorgestellt, die im Detail erläutert wurde. Die Dorfturnhalle wurde auch noch erwähnt: Bei der Sanierung dieser Dorfturnhalle waren wir um keine 5% teurer, als prognostiziert. Ich habe von einer Sonderkommission eine Rüge erhalten, die ich zur Kenntnis genommen habe. Kurz darauf hat der Einwohnerrat eine neue Kaffeemaschine für dieselbe Dorfturnhalle gekauft. Eine Kommission bilden, mir eine Rüge erteilen und dann eine neue Kaffeemaschine kaufen... Dies finde ich etwas spassig. Zum Feuerwehrmagazin zurück: Es handelt sich absolut nicht um eine Luxuslösung. Bei den CHF 8.21 Mio. können wir nicht einfach die Strasse noch dreinnehmen und dies bei einem Kostendach von CHF 8.21 Mio. Das wäre nicht seriös; man müsste die Strasse dazurechnen und dann ein Kostendach setzen. Die Kostengenauigkeit beträgt 10% und wenn es gut läuft, sind wir darunter und wenn es etwas weniger gut läuft, sind wir etwas darüber. Beim jetzigen Stand erreichen wir keine höhere Kostengenauigkeit als 10% und können diese auch nicht erreichen. Zu Patrick Weisskopf, grosser Theoriesaal und Zivilschutz: Wir haben jetzt auch einen grossen Theoriesaal und wir wissen nun, für was wir ihn noch brauchen – nicht nur, um Feste zu machen. Diesen grossen Theoriesaal und auch die Küche für 200 Personen brauchen wir; denkt an einen gemeinsamen Einsatz von Feuerwehr und Zivilschutz. Oder wenn die Feuerwehr alleine einen Einsatz hat und es kommen noch andere Betriebsfeuerwehren hinzu. Die Leute müssen auch verköstigt und die Küche muss entsprechend ausgerüstet sein. Dies ist ein tragendes Element. Der Theoriesaal dient auch für die Schulung der ganzen Mannschaft und auch des Zivilschutzes – und daher macht es absolut Sinn, den Zivilschutz in das neue Feuermagazin zu integrieren.

Dieter Härdi: Zur Erdbebensicherheit, die zu Mehrkosten führt. Es ist nicht so, dass unsere Planer nicht wussten, dass wir in einer Erdbebenzone sind und den Bauwerkstyp 3 wählen müssen, es ist schlichtweg in einer Wettbewerbssituation nicht verlangt. In einen Wettbewerb wird in erster Linie das Raumprogramm umgesetzt und die Jury beurteilt, welches das beste Projekt für die Weiterbearbeitung ist. In dem Titel „Mehrkosten Erdbebensicherheit“ ist die Position BKP 2.11 Rohbau 1. Dazu gehört auch das geologische Gutachten, das weit nach dem Wettbewerb gemacht wurde. Die Fachfirma hat uns gesagt, dass wir unter dem Fundament einen kleinen Materialersatz machen müssen, was zu Mehrkosten führt. Es handelt sich um eine Misapordämmung unter dem neuen Feuerwehrmagazin, eine statische Massnahme mit Stahlbetonarbeiten, die das Feuerwehrmagazin nachhaltig stabilisieren, damit es auch funktioniert und keine Risse bekommt. Zu den Honoraren (Bemerkung von Urs Hess): Die Honorare der Fachplaner richten sich nach SIA 102 und man hat dafür 23% vorgesehenen; die honorarberechtigten Kosten liegen bei CHF 4.2 - 4.5 Mio. Es handelt sich nicht nur um die Architekturhonorare, sondern auch die Honorare der Generalplaner, der Heizungsingenieure, Lüftungsingenieure, Statiker usw. Es handelt sich um die gesamte Planungskrew, die ein Honorar zu gute hat. Ob man diese Summe vermindern kann, ist Sache der Verhandlung.

Philippe Doppler: Wir sind schleichend in die Detailberatung gerutscht; gibt es jetzt noch Wortmeldungen zum Antrag auf Überweisung an die BPK?

Rolf Hohler: Dass die Vorlage schlecht ist, kann ich nicht bestreiten und dies ist auch meine Meinung. Die Tischvorlage wie auch andere genauere Angaben, die wir heute Abend von GR Rolf Wehrli erhalten haben, gehören klar in eine Vorlage, damit man sie an der Fraktionssitzung behandeln und diskutieren kann. Ich persönlich stehe hinter dieser Vorlage und Fragen können heute Abend an den Gemeinderat gestellt werden. Über Standort, Einrichtungen und Ausstattungen müssen wir heute Abend nicht mehr diskutieren. Die Feuerwehr war bei dieser Kommission dabei und konnte mitbestimmen und ich bin mir sicher, dass Einiges gestrichen wurde, was Wunschdenken gewesen ist. Ich hoffe, der Gemeinderat bereitet die Abstimmungsvorlagen für das Volk besser auf, als diejenigen, die wir heute Abend hier haben, damit das Geschäft wirklich eine Chance hat. Ich bin als Feuerwehrmann und Politiker nicht für die Überweisung an die BPK, denn diese macht die Vorlage nicht besser, als sie hier ist. Zur Kaffeemaschine: Ich habe damals das Budgetpostulat gemacht – und Merci für das erste Kilo Kaffee.

GR Beat Stingelin: Ich glaube, Kritik ist berechtigt; das müssen wir entgegennehmen. Es war nie die Meinung, irgendjemanden hinters Licht zu führen; das stimmt nicht. Urs Hess, dies ist ein Offside, als du es gesagt hast. Ich bitte euch, keine Umwege zu machen, weil das Feuerwehrmagazin nicht besser wird und auch nicht billiger. Wir haben eine Fachkommission, die gesagt hat, was sie gerne hätte und ich bin froh, dass Rolf Hohler schon gesagt hat, dass schon dort vom Wunschdenken gestrichen wurde. Zudem gebe ich zu bedenken: Wir waren 5 Gemeinderäte im 13. Stock bei der Novartis und haben noch einmal verhandelt, das Ziel, den Landkauf noch etwas heraus zu schieben, auch erreichen. Novartis hat einen Abnehmer, der das gesamte Areal will. D. h. wenn wir oder das Volk diesem nicht zustimmen, ist das Land weg und die CHF 220'000 kommen für den Strassenbau genau gleich, weil jemand Anderes baut und wir genau gleich erschliessen müssen. Dies ist für mich kein Punkt und darf auch für euch kein Punkt sein. Ich will niemanden unter Druck setzen, aber der 27. September ist der richtige Zeitpunkt und wenn es nicht reichen sollte, machen wir die Abstimmung im März bei den Einwohnerrats- und Gemeinderatswahlen. Aber den Entscheid erwarte ich von euch vorher und macht bitte keinen Umweg, und der Teil der SVP und Grünen, die immer das Volk schon bei CHF 200'000 entscheiden lassen will, soll doch das Volk auch jetzt entscheiden lassen und zwar ohne Umwege.

GR Rolf Wehrli: Es ist selbstverständlich, dass bei einem Abstimmungsbüchlein die Erläuterungen auf Grund von neuen Informationen und Wünschen verfasst werden. Ich erinnere mich an das Abstimmungsbüchlein über den Planungskredit, dort stand dann auch, dass in den vergangenen Jahren 18 Standorte geprüft wurden.

GR Ruedi Brassel: Von Patrick Weisskopf wurde wegen Nutzungen gefragt. Ja, es braucht einen Theoriesaal für 200 Personen, wenn der Zivilschutz dort ist, sind so viele Leute zusammen und man muss auch für die Verpflegung für die zwei Mal jährlich stattfindenden Wiederholungskurse garantieren. Man vereinfacht so den betrieblichen Ablauf und es ist auch für die Feuerwehr ein Theoriesaal nötig. Für die Feuerwehr braucht es ein gut eingerichtetes, aber nicht überzogen eingerichtetes Feuerwehrmagazin. Rolf Hohler hat erwähnt, dass wir in dieser Kommission sehr hart um gewisse Posten gerungen und eine gute Lösung gefunden haben. Wir haben ein Projekt, das den berechtigten Ansprüchen der Feuerwehr entspricht, das eine Leistung ermöglicht, auf die wir alle dringend angewiesen sind. Wir haben absolut nötig, dass diese Leistung sicher erbracht werden kann und dürfen nicht riskieren, dass das alte Feuerwehrmagazin eines Tages das Ausfahren der Feuerwehr verhindert. Wir sind unter Zugzwang, auch aus Gründen, die GP Beat Stingelin erwähnt hat. Wir können jetzt handeln; das Projekt ist ausgereift, gut überprüft und die Kosten sind klar dargelegt. Es wird nichts versteckt und wir haben alle Fragen beantwortet, so gut es ging und ich glaube, der Einwohnerrat kann zur Abstimmung schreiten.

Philippe Doppler: Zur Anregung von Stefan Löw, der das Büro darauf hingewiesen hat, dass die Stimmzähler ihre Resultate laut kommunizieren: Flexibel und speditiv wie wir

im Büro sind, warten wir natürlich nicht bis zur nächsten Sitzung und setzen dies gerade an der heutigen Sitzung um und daher bitte ich die Stimmzähler, ihre Resultate laut und deutlich mitzuteilen.

Abstimmung über den Antrag der SVP zur Überweisung an die BPK

://: Der Rat lehnt den Überweisungsantrag mit grossem Mehr ab.

Detailberatung

Bruno Baumann: Die SP ist erfreut, dass wir nun weiterarbeiten können und zur Detailberatung kommen. Auch die SP findet den Neubau überhaupt keine Luxuslösung, sondern eine nach dem heutigen Standard geplante Anlage. Den Standort des neuen Feuerwehrmagazines in der Stockmatt finden wir unbestritten und können uns im Dorf keinen anderen Ort mehr vorstellen. Nur schon aus diesem Grund, wie GP Beat Stingelin gesagt, unsere Landreserven gehen langsam zu Ende. Infolge des Japanereignisses wurde das Feuerwehrmagazin verstärkt geplant und es wäre verheerend, wenn nicht nur die Feuerwehr, sondern auch der Zivilschutz nicht mehr handeln könnten. Aus der Sondervorlage und auch der Tischvorlage geht genau hervor, warum das Objekt teurer geworden ist. Ich bitte den Gemeinderat, darauf zu achten, wie er es schon bisher gemacht und bitte ihn, vermehrt darauf zu achten, dass bei der Vergabe von Aufträgen, Prattler Unternehmen berücksichtigt werden. Dies immer im Rahmen des Submissionsgesetzes. Ich habe aus den Unterlagen gesehen, dass Elektroarbeiten nach Reinach vergeben werden könnten - auch wir haben in Pratteln Elektrofirmen und vielleicht kann man dies noch einmal besprechen. Wenn es nicht etwas Kompliziertes ist, das ein Geschäft in Pratteln nicht machen kann, kann man es weg vergeben. Vergabe von Aufträgen, natürlich nur an GAV-Firmen, es sind öffentliche Aufträge und das Submissionsgesetz schreibt dies vor. Der Gemeinderat als Auftraggeber dieses Neubaus muss unbedingt darauf achten, die Aufträge an keine Sub- und nochmals Subsubunternehmer weiter geleitet werden. Ich rede aus Erfahrung wie beispielsweise bei der H2. Ich weiss, der Gemeinderat ist dort nicht involviert, dort hat der Kanton die Vergabe gemacht und dieser hat es an Subsubunternehmen weitergeleitet. Schlussendlich fahren dort unten Lastwagen, die überhaupt nicht dem LMV unterstellt sind und zu ganz, ganz billigen und primitiven Löhnen schaffen. Dies darf hier nicht passieren. Ich bin überzeugt, dass dies der Gemeinderat weiterhin so planen und prüfen wird, wie er es bis anhin gemacht hat. Es ist uns Allen ein Anliegen, wenn wir schon bauen, dass wir auch mit GAV-Firmen bauen und alles gut verläuft und es nicht nachher heisst, es ist eine Firma dabei, die sich nicht an den GAV gehalten hat.

Urs Hess: Ich stelle den Antrag 1, einen neuen Punkt aufzunehmen, der heisst „Aufnahme der Strasse CHF 220'000“ und der ganze Kredit beträgt dann CHF 8.43 Mio. Antrag 2 heisst „Der Betrag gilt als Kostendach“. Es ist vernünftig, über eine so grosse Zahl ein Kostendach zu setzen und mit den +- 10%, die GR Rolf Wehrli erwähnt hat, ist dies wahrscheinlich sehr grosszügig. Man könnte ja auch argumentieren, dass wir zuerst die 10% abziehen und dann ein Kostendach zu setzen. Das will ich nicht; ich will ein gutes Feuerwehrmagazin, aber die Kosten begrenzt haben und daher die beiden Anträge.

Stefan Löw: Ich möchte ihnen beliebt machen, dass man das Kostendach nicht festlegt. Wir haben ja bis jetzt noch keine Ausschreibung; es handelt sich um projektierte Zahlen, die noch im Detail ausgearbeitet werden müssen sowie auch das Projekt noch ausgearbeitet werden muss und aus meiner Erfahrung weiss ich, dass der Betrag nicht so genau platziert werden kann und es macht auch keinen Sinn, wenn es allenfalls eine geringe Überschreitung gäbe, das Objekt nicht zu realisieren. Darum mache ich ihnen beliebt, es bei den +- 10% zu belassen und so dem Volk zu Abstimmung vorzulegen. So ist es auch eine sauberere und ehrliche Sache. Auch in den anderen Wohn- und Gewerbequartieren

werden die Strassen über die ordentliche Rechnung abgehandelt und warum man hier eine Ausnahme machen soll, ist für mich nicht nachvollziehbar. Wenn ein anderes gewerbliches Gebäude an diesen Standort käme, würde man die Strasse genau gleich realisieren. Man sollte also hier von einer ordnungsgemässen Behandlung der Strasse nicht abweichen.

Patrick Weisskopf: Auch wir unterstützen den Antrag, den Strassenbau im Bereich des Feuerwehrmagazines dem Baukredit zu belasten und kommen auch auf CHF 8'430'000. Begründung ist, dass die Strasse auf einer Parzelle liegt. Ein Privater müsste Perimeterbeiträge zahlen, die Gemeinde muss dies nicht, und die Strasse ist zweckgebunden.

Abstimmung über den Antrag 1 von Urs Hess, SVP (Strasse in Kredit aufnehmen)

Der Rat beschliesst mit 19 Ja zu 15 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Der Kredit für den Strassenbau über CHF 220'000.-- wird dem Baukredit angerechnet.

Abstimmung über den Antrag 2 von Urs Hess, SVP (Kostendach)

://: Der Rat lehnt den Antrag mit 19 Ja zu 10 Nein bei 6 Enthaltungen ab.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 34 Ja zu 0 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Der Baukredit inkl. Landerwerb von CHF 8'430'000.-- (Anlagekosten inkl. Landerwerb, inkl. Strassenbau) für den Neubau des Feuerwehrmagazins auf Parzelle 1081, Stockmatt, wird genehmigt. Der Beschluss des Einwohnerrates untersteht dem obligatorischen Referendum. Die Volksabstimmung soll am 27. November 2011 durchgeführt werden.

Geschäft Nr. 2736

**Teilrevision des Reglements für die Hundehaltung (Hundereglement)
- 1. Lesung**

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 6. Mai 2011

GR Ruedi Brassel erläutert die Vorlage: Es handelt sich um eine einfache und relativ kurze Teilrevision. Es geht darum, dass der GR ermächtigt wird, für bestimmte Gebiete entweder eine vorübergehende oder dauerhafte Leinenpflicht anzuordnen. Es geht darum, in bestimmten und stark genutzten Freizeiträumen, die von verschiedensten Gruppen genutzt werden (Finnenbahn, Vita - Parcours, Spielplätze usw.), dass man hier Leinenpflicht anordnen kann, damit die Leute dort bei ihrer Tätigkeit nicht in Konflikt mit umherziehenden Hunde gelangen. Damit ist in keiner Weise gesagt, dass alle freilaufenden Hunde eine Gefahr sind. Mit einer Leinenpflicht gilt gleiches Recht für Alle und Sicherheit für diejenigen, die sich in dieser Situation unwohl fühlen. Der Gemeinderat hat nicht im Sinn, die Leinenpflicht flächendeckend auszudehnen, sondern sehr selektiv und situativ

die gemeinsamen Nutzungen bestimmter Gebiete zu fördern und Konflikte zu vermeiden. Ich bitte, die Vorlage direkt zu beraten und den Änderungen zuzustimmen.

Das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung

Eintreten

Mauro Pavan: Als Vizepräsident spricht man nicht zu den Geschäften. Ich nehme mir heraus, zu denjenigen Geschäften, die ich damals vorbereitet habe und die noch auf der Traktandenliste sind, meine Voten abzugeben. Die Revision ist sinnvoll und der Gemeinderat soll das Instrument habe, schnell und unkompliziert dort Leinenzwang anzuordnen, wo es sinnvoll ist. Ich bin mir auch sicher, dass der Gemeinderat nicht aus Hundehasern besteht, die diese Möglichkeit missbrauchen und allen Hunden flächendeckend den Freilauf verbieten, aber in gewissen Gebieten ist das Instrument des Leinenzwanges sinnvoll. Ich denke neben den in der Vorlage erwähnten Gebieten auch an andere stark frequentierte Gebiete wie die Tramendstation. Die SP-Fraktion stimmt darum der Revision zu und hofft, dass der Gemeinderat auch davon Gebrauch macht.

Christoph Zwahlen: Die Unabhängigen und Grünen nehmen an, dass der Gemeinderat ein gesundes Augenmass hat und dieses Instrument sinnvoll einsetzt und darum stimmen wir der Änderung zu.

Urs Schneider: Es handelt sich nicht um eine katastrophale Vorlage, aber wir sind für Rückweisung. Wir möchten dem Gemeinderat diesen Freipass nicht geben, dass er wo und wann er will eine Leinenpflicht aussprechen kann. Es geht ja um 2 oder 3 prekäre Standorte und der Gemeinderat soll nach der Rückweisung diese Standorte genau feststellen und diese Standorte ins Reglement aufnehmen.

Mario Puppato: Die FDP findet diese Vorlage gut. Wir möchten dem Gemeinderat nicht den Zwang auflegen, dass er nun für gewisse Gebiete sagt, dort gibt es einen Leinenzwang und dann ergibt sich eine neue Situation und das Reglement muss geändert werden. Wir trauen dem Gemeinderat zu, das zu machen, was nötig ist und was nicht. Wir schliessen uns denjenigen an, die finden, dass der Gemeinderat dies sehr wohl in einiger Regie handhaben kann und bitten um Zustimmung.

Kurt Lanz: Ich sehe es so, wie es Mario Puppato sieht. Es kann ja nicht sein, dass wir, wenn eine neue Zone bestimmt werden soll, das Reglement geändert wird und dazu noch mit 2 Lesungen und daher bitte ich sie, nicht ins Regelement zu schreiben, wo dies ist. Das machen wir in anderen Reglementen auch nicht und daher bitte ich, dem Gemeinderat diese Macht zu geben. Sollte der Gemeinderat diese missbrauchen, machen wir einen Vorstoss und ändern das Regelement, so dass er den Missbrauch nicht machen kann. Dann wäre ich auch dafür, ins Reglement zu schreiben, wo. Der Gemeinderat soll doch zuerst beweisen, dass er überbordet – und diesen Beweis wird er nicht antreten. Daher bitte ich sie, diese Vorlage nicht an den Gemeinderat zurückzuweisen und heute die 1. Lesung zu machen, im nächsten Monat die 2. und dann ist es erledigt.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SVP, Urs Schneider

://: Der Rat lehnt den Antrag mit 23 Nein ab.

1. Lesung

§ 6 Es gibt keine Wortmeldungen und damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.

Stefan Löw stellt den Antrag, auf die 2. Lesung zu verzichten.

Abstimmung über den Antrag von Stefan Löw (es ist Zweidrittelmehrheit notwendig)

://: Der Rat lehnt den Antrag mit 21 Ja zu 11 Nein bei 3 Enthaltungen ab.

Das Zweidrittelmehr von 24 Ja-Stimmen wurde nicht erreicht und damit findet die 2. Lesung statt.

Geschäft Nr. 2745

Resolution des Einwohnerrates Pratteln zum französischen Atomkraftwerk Fessenheim

Aktenhinweis

- Resolution des Einwohnerrates Pratteln zum französischen Atomkraftwerk Fessenheim vom 23. Juni 2011

Dieter Stohler: Wenn sie das Fremdwörterbuch nehmen und das Wort „Resolution“ übersetzen, lese ich „Entschliessung, Einreichung politischer Forderungen“. Genau dies wollen wir mit dieser Resolution, nämlich politische Forderungen stellen. Es handelt sich um ein AKW im Ausland und der Einwohnerrat Pratteln ist nicht für die Schliessung oder den Weiterbetrieb des AKW Fessenheim zuständig. Damit können wir nur auf politischem Weg unsere Bedenken gegen die Weiterführung von Fessenheim anmelden. Der Entwurf dieses Papiers wurde von einer parteiübergreifenden Kommission, vom damaligen Büro des Einwohnerrates, erarbeitet. Somit hoffe ich, dass sich alle Fraktionen dieser Resolution anschliessen, damit wir eine komfortable Zweidrittelmehrheit erreichen. Im anschliessenden Traktandum über den Beitritt zum TRAS diskutieren und streiten wir über den juristischen Widerstand gegen Fessenheim. Dies kann man befürworten oder nicht und es hat Kostenfolgen und die juristischen Verfahren dauern manchmal unendlich und führen doch nicht zum Erfolg. Darum bitte ich sie, konkret und gezielt Zeichen zu setzen, ein Zeichen, das in seiner Gesamtheit zusammen mit den Entschliessungen von 120 weiteren Städten und Gemeinden im In- und Ausland eine Wirkung entfalten wird und dies erst noch praktisch kostenlos. Die Zahl von 120 Städten und Gemeinden stammt aus der Basler Zeitung vom 15. August 2011. Das AKW Fessenheim ist das älteste AKW Frankreichs und immer wieder in den Schlagzeilen und immer wieder gab es spezielle Auflagen der französischen Atomaufsichtsbehörde und über den Stand der Sicherheit ist man sich auch in Frankreich nie einig geworden. Die Folgen von Erdbeben, Flugzeugabstürzen, Dammbürchen usw. sind umstritten. Auch wenn Massnahmen von Aufsichtsbehörden sinnvoll sind, weil die Situation gelöst und verbessert werden soll, löst das Hin und Her bei Fessenheim bei mir vor allem Verunsicherung aus. Mir geht es nicht darum, mit dem Finger auf andere AKW, vor allem anderer Länder, zu zeigen und es schlecht zu reden, weil es Andere auch machen. Nach meinen Informationen und soweit ich es beurteilen kann, ist Fessenheim wirklich in einem schlechten Zustand. Unsere Resolution wird nicht dazu führen, dass wegen dem Einwohnerrat Pratteln Fessenheim abgestellt wird. Aber es ist ein Zeichen von Pratteln, das besagt, dass sich unsere Pratteler Bevölkerung Sorgen um den technischen Zustand und die Sicherheit des AKW Fessenheim macht. Darum ist politischer Druck gefragt, weil es die Betreiber zwingt, Klarheit

bezüglich der Sicherheitsfragen zu schaffen. Mit unserer Zustimmung zur Resolution, was auch die FDP-Fraktion machen wird, erhöhen wir den Druck. Danke, wenn auch ihr alle der Resolution zustimmt.

Stephan Ackermann: Ich finde es sehr gut, dass die Resolution nun auf dem Tisch liegt. Es ist einige Monate her, als wir eine sehr emotional geladene Debatte zum TRAS hatten, wo aus politischen Gründen noch ein weiteres Postulat gekommen ist, in dem es darum ging, überspitzt gesagt, Glühbirnen oder Sparbirnen an die Bevölkerung zu verteilen. Während dieser Debatte entstand die Idee zu dieser Resolution und ich begrüsse es sehr, dass es das Büro umgesetzt hat. Für mich ist sehr wichtig, dass die Resolution nicht gegen das Postulat, dass dann überwiesen und aus meiner Sicht vom Gemeinderat positiv beantwortet wurde, ausgespielt wird. Wenn man das ausspielt, muss man sich bewusst sein, was für Worte in dieser Resolution gewählt wurden, das nämlich die Exekutive der Gemeinden die Anliegen der Resolution in geeigneter Weise umsetzen sollen.

Kurt Lanz: Die SP-Fraktion unterstützt diese Resolution. Mir ist aufgefallen, dass es etwas halbherzig ist, wenn Dieter Stohler sagt: Nein, nur weil Pratteln die Resolution unterstützt, wird Fessenheim sicher nicht abgestellt. Dies zeigt für mich, ob man tatsächlich eine Vorstellung hat, wie die Energiepolitik weiter gehen soll oder ob man sich eher in Zurückhaltung übt und wartet, was weiter passiert. Ich möchte auch gern, dass sie alle die Resolution unterstützen, aber ich möchte es tatsächlich mit der Absicht, dass Fessenheim abgestellt wird.

Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates § 3.1.8 gilt eine Resolution als zustande gekommen, wenn mindestens 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder zugestimmt haben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 34 Ja zu 0 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Die Resolution ist zustande gekommen.

Die Resolution wird veröffentlicht und den darin erwähnten Adressaten zugestellt.

Geschäft Nr. 2720

Beantwortung Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Trinationaler Atom-Schutzverband (TRAS)"

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 25. Mai 2011

GR Ruedi Brassel erläutert den Antrag: An erster Stelle danke ich herzlich, dass der Einwohnerrat die Resolution einstimmig angenommen hat. Dies sind eine klare Aussage und auch ein klarer Auftrag, denn wie schon zitiert, heisst es in der Resolution dass „...die Exekutiven der grenznahen Kantone und Gemeinden in der Schweiz und der Schweizerische Bundesrat ... aufgefordert werden, die Anliegen dieser Resolution in geeigneter Weise zu unterstützen“. Der Gemeinderat hat, nicht in voreuseilendem Gehorsam, sondern auf der Grundlage eines Postulates, das vom Einwohnerrat bereits überwiesen wurde, sich daran gemacht, den Auftrag aufzunehmen und umzusetzen. Wir wurden vom Postulat von Stephan Ackermann aufgefordert, über einen Beitritt zum

TRAS zu prüfen und zu berichten. Ich glaube, nach den früher geführten Debatten müssen wir nicht mehr den TRAS vorstellen. Es handelt sich um eine Organisation, in der sich in Region betroffene Gemeinwesen dafür aussprechen, das Risiko zu beseitigen, das insbesondere durch das AKW Fessenheim besteht. Darüber haben wir lange diskutiert und der Einwohnerrat kann darüber lange diskutieren und der Einwohnerrat hat sich mit der Resolution klar positioniert und dem Gemeinderat im Prinzip mit dieser Resolution auch die Möglichkeit gegeben, diesen Schritt zu vollziehen, den der Gemeinderat als geeignet betrachtet, die Anliegen dieser Resolution zu unterstützen. Dies könnte beispielsweise ein gemeinderätlich beschlossener Beitritt zum TRAS sein. Der Gemeinderat hat in seiner Vorlage dem Einwohnerrat empfohlen, diesen Schritt selber zu vollziehen, weil der Einwohnerrat seinerzeit Prüfung und Bericht über einen solchen Beitritt gefordert hat. Jetzt ist es am Einwohnerrat, die Konsequenz zu ziehen, die der Gemeinderat empfiehlt; es ist an ihnen.

Diskussion

Rolf Hohler: Wir von der SVP sind klar nicht gegen eine Stilllegung von Fessenheim. Wir haben das Geschäft gut angeschaut und kommen zu folgender Stellungnahme: 1. Der Kanton BL ist nicht wie in der Vorlage erwähnt, Mitglied der TRAS. 2. Pratteln hat mit seinen 15'000 Einwohnern nur gerade 16 Stimmen im TRAS. Wir sind nicht gegen einen Atomausstieg, aber wir sind gegen einen Beitritt zum TRAS. Wenn jeder hierin Einzelmitglied wird, haben wir einiges mehr an Gewicht, als wenn die Gemeinde alleine Mitglied wird. Das einzige, was wir unterstützen, ist Punkt 4.3 Abschreibung des Postulates.

Mauro Pavan: Ich finde es schön, dass der Gemeinderat die Ansicht von Stephan Ackermann und von mir teilt und natürlich bin ich immer noch der Meinung, dass man der TRAS beitreten solle. Resolutionen verabschiedet ist sicher schön und gut und setzt ein Zeichen für die Bevölkerung und es ist wichtig, Stellung zu beziehen. Besonders finde ich, dass sich mittlerweile auch die FDP und SVP zu einem teilweisen Bekenntnis zum Atomausstieg durchgerungen haben. Bei mir schleicht sich der Eindruck ein, dass man sich für die Resolution äussert, um das Gewissen zu beruhigen, weil es nicht so opportun ist, etwas zu bekämpfen, was ernsthaft die Schliessung eines AKW bewirken könnte. Ich würde es schade finden, wenn ausgerechnet Pratteln bei der aktiven Bekämpfung des AKW Fessenheim nicht mitmacht und weil ich es wichtig finde, dass die Bevölkerung sieht, welche Politiker sich gegen das AKW wehren, verlangen wird eine Abstimmung unter Namensaufruf.

Mario Puppato: Nach der emotionsgeladenen Sitzung ging es noch weiter, als wir draussen waren. Mit den beiden Befürwortern, die geredet haben, habe ich nachher auch geredet und zu beiden gesagt „Wir wollen etwas machen gegen Fessenheim, was etwas bringt und wir mitmachen können“. Eine Resolution würden wir sofort unterschreiben. Man kann also sagen, dass die Initiative auch von uns aus gekommen ist. Die Resolution wird sicher zur Kenntnis genommen und gibt uns Freisinnigen die Möglichkeit, zu sagen, dass wir etwas machen und dies auch beweisen. Fessenheim ist ein grosses Problem; das ist unbestritten und sagt nicht, wir hätten dies zwangsmässig gemacht. Die Resolution ist von uns aus gekommen. TRAS hingegen ist für uns eine politische Organisation und hat Mitglieder – ich darf die Namen nicht sagen – die mir nicht passen und die viel, viel weiter gehen als Fessenheim. Wir machen alles mit, was klar auf Fessenheim bezogen ist, aber gegen den TRAS-Beitritt sind wir. Wenn man die Statuten liest, den Jahresbericht durchsieht, was sie machen, dann merkt man, dass sie über das Ziel hinausschiessen. Rein Fessenheim-bezogen machen wir sofort mit. Das wir halbherzig dabei sind, stimmt nicht. Bei der Resolution stehen wir voll dahinter, das haben wir früher auch schon gesagt. Danke für die Resolution; es ist toll, dass wir keine einzige Gegenstimme hatten, aber einen TRAS-Beitritt sehen wir deshalb nicht.

Kurt Lanz: Ich wiederhole, was ich zum Geschäft vorher gesagt habe, wenn Mario Puppato sagt „halbherzig sind wir nicht“. Halbherzig war die Aussage von Dieter Stohler, dass wir nicht das Gefühl haben, dass wegen uns Fessenheim abgestellt wird. Die Aussage, dass man eine Resolution unterstützt und im Hinterkopf schon hat, dass es nie Eintritt – das ist halbherzig und daher bitte ich sie, dem Beitritt zum TRAS zuzustimmen, um ihre Ganzherzigkeit zu zeigen.

Stephan Ackermann: Ganz klar Halbherzigkeit, wenn überhaupt ein Herz irgendwo vorhanden ist. Die Resolution wurde vorher mit 1 Enthaltung verabschiedet; ich achte sehr, dass sich wenigstens einer der FDP enthalten hat. Ich finde, es hätten sich alle enthalten sollen, die nun gegen den Beitritt zum TRAS stimmen, die wäre ehrlich und zeigt den politischen Willen auf, dass man etwas machen will. Man kann sich damit auseinandersetzen, was Fessenheim, 30 oder 40 km von Pratteln entfernt, bietet. Das streitet auch Mario Puppato nicht ab und hat auch Dieter Stohler explizit erwähnt und TRAS ist genau diese Organisation, die sich gegen solche AKW im Erdbebegebiet des Oberrheines wehrt. Schaut euch die Stauten noch einmal an. Dass man politisch nichts erreicht, zeigt ja schon unser Parlament, und wir sind ja etwas weniger AKW-freundlicher als die Franzosen. Meine Frage an die Personen, die die Resolution vorher verabschiedet haben. Was versteht ihr unter diesen Punkten? Was soll die Exekutive der Gemeinde unternehmen, dass die Anliegen der Resolution, die gerade vorher verabschiedet wurde, umgesetzt oder unterstützt werden? Zeigt diese auf. Wenn es nicht der TRAS ist, was ist es dann?

Urs Hess: Die Aussage von GR Ruedi Brassel hat mir nicht gefallen. Ich trete nicht materiell auf das Geschäft ein, aber er hat vorher gesagt, eigentlich könne der Gemeinderat sagen, er trete bei oder trete nicht bei. Ich will aber von GR Ruedi Brassel hören, wenn der Einwohnerrat sagt, dass wir nicht beitreten, dann will ich das auch vom Gemeinderat hören, wir nehmen das ernst und treten nicht bei. Alles andere wäre nicht in Ordnung.

GR Ruedi Brassel: Eine Frage an Rolf Hohler: Du hast gesagt, in der Vorlage würde stehen, dass der Kanton BL Mitglied der TRAS ist. Ich lese dies aber nicht. Ich lese aber auf Seite 2 einen Bezug zum Kanton BL, in dem es heisst, dass es einen Auftrag in BL und BS gibt – und in BL ist dieser Auftrag in der Verfassung in Artikel 115 Abs. 2, in dem steht, dass der Kanton darauf hin wirken muss „dass auf dem Kantonsgebiet oder in dessen Nachbarschaft keine Atomkraftwerke nach dem Prinzip der Kernspaltung, Aufbereitungsanlagen, für Kernbrennstoffe und Lagerstätten für mittel- und hochradioaktive Rückstände errichtet werden“. Das ist der seit 25 Jahren bestehende Verfassungsartikel. Er war nie so aktuell in den letzten 25 Jahren wie jetzt. Den Verfassungsartikel in Hinblick auf Fessenheim auch wahrzunehmen, ist eine Möglichkeit, die auch im Kanton mitbeschlossen wurde. Zu Urs Hess: Selbstverständlich geht der Gemeinderat nicht hin und wirft einen Entscheid vom Einwohnerrat um.

Rolf Hohler: Auf S. 2 Beantwortung des Postulates steht kurz vor dem letzten Abschnitt „Aus diesen Gründen drängt sich ein Beitritt der Gemeinde Pratteln nahe zu auf; zumal die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft und viele Baselbieter Gemeinden bereits dem TRAS beigetreten sind“. Dies ist nicht wahr. Sie sind nicht beigetreten. Ausserdem ist TRAS eine politische Organisation, der jede Privatperson beitreten kann. Ich mache das sicher nicht und hoffe, dass es die Gemeinde Pratteln auch nicht macht.

Stephan Ackermann: Ich frage noch einmal nach. Diejenigen, die der Resolution vorher zugestimmt haben und jetzt gegen TRAS sind; was soll den die Exekutive unternehmen, um die Anliegen der Resolution in geeigneter Weise umzusetzen? Ich wäre froh, wenn ich von den Gegnern der TRAS eine Antwort hätte.

Fredi Wiesner: Rolf Hohler hat mich gefragt, warum ich die Resolution unterschrieben habe. Dies ist meine Meinung und ich kann damit unterstützen, dass Fessenheim abgeschaltet wird. Dafür bin ich und dafür würde ich auch kämpfen. Zur anderen Sache –

AKW generell – hast du gesagt, wir hätten jetzt Farbe bekannt und wären eigentlich nicht für die Abschaltung – das steht hierin nicht zur Diskussion, sondern wir diskutieren über eine Mitgliedschaft, die wir von der Gemeinde aus machen wollen und wir vertreten hierin die Bevölkerung und daher kann man auch gegen TRAS sein. Ich weiss nicht, wenn ich jetzt eine Volksabstimmung machen und die Bevölkerung fragen würde, wer dagegen und wer für den Beitritt zur TRAS ist, weiss ich nicht, wohin das gehen würde. Es sind sicher nicht Alle dafür und wir haben auch Gegner. Weiter wurde gesagt, dass wir zahlen und praktisch keine Stimmen haben und alle, die das wollen, könnten Einzelmitglied werden. Wenn jetzt wirklich die Mehrheit von Pratteln mitmachen würde, gäbe es 2'000 oder mehr Mitglieder, von denen jedes eine Stimme hätte und das wirklich beeinflussen könnte. Nun hat sich geklärt, dass der Kanton BL nicht dabei ist. Bei solchen Organisationen sollte man entweder dafür sein und dies unterstützen: schlecht finde ich, wenn Alle meinen, sie müssten dabei sein und schlussendlich bezahlt es der Steuerzahler. Also bezahlt Jemand den Einzelmitgliederbeitrag und die Gemeinden den Gemeindebeitrag und dann käme noch ein Kantonsbeitrag und das finde ich daneben. Wenn dies Jemand unterstützen will, kann er dies unterstützen und Mitglied werden und kann dies auch beeinflussen.

Benedikt Schmidt: Ich stelle die Frage, die Stephan Ackermann gestellt noch, noch einmal und möchte, dass Jemand diese Frage konkret beantwortet. Ihr habt der Resolution zugestimmt und damit gesagt, die zuständigen Behörden, namentlich die Exekutiven der grenznahen Kantone und Gemeinden, werden aufgefordert, die Anliegen dieser Resolution in geeigneter Weise zu unterstützen. Es gibt sicher noch andere Massnahmen, als ein Beitritt zum TRAS und wenn man gegen einen Beitritt zum TRAS ist, interessiert mich, was denn die „anderen geeigneten Massnahmen“ sind.

GR Ruedi Brassel: Kurz zu Rolf Hohler: Am 16. Mai hat der Landrat ein Postulat von Martin Rüegg überwiesen und als erfüllt abgeschrieben, weil der Regierungsrat bereit war, zu übernehmen, wo es heisst Fessenheim stillzulegen und dem TRAS beizutreten. Ob nun der Regierungsrat in der Zwischenzeit den Beitritt offiziell vollzogen hat, weiss ich nicht.

Verfahren

Falls Antrag P. 4.1 (Beitritt zum TRAS) abgelehnt wird, ist P. 4.2 (Mitgliederbeitrag) obsolet. Zu Antrag P. 4.1 liegt ein Antrag auf Namensaufruf vor, der von 15 Anwesenden Personen des Einwohnerrates unterzeichnet ist. Bei der Abstimmung liest das Sekretariat die Namen der Personen des Einwohnerrates und die entsprechende Person antwortet mit Ja, Nein oder Enthaltung.

Abstimmung über den Beitritt zum TRAS

Der Rat beschliesst unter Namensaufruf mit 15 Ja zu 19 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Dem Trinationalen Atomschutzverband TRAS wird nicht beigetreten.

Mit Ja haben gestimmt: Stephan Ackermann, Sylvie Anderrüti, Bruno Baumann, Daniela Berger, Rosa Calicchio, Werner Graber, Rös Graf, Emil Job, Eva Keller, Kurt Lanz, Mauro Pavan, Gert Ruder, Benedikt Schmidt, Patrick Weisskopf, Christopf Zwahlen

Mit Nein haben gestimmt: Philippe Doppler, Patrick Freund, Dominique Häring, Martina Häring, Karin Hess, Urs Hess, Rolf Hohler, Roland Kuny, Stefan Löw, Christoph Pfirter, Mario Puppato, Christian Schäublin, Urs Schneider, Erich Schwob, Andreas Seiler, Thomas Sollberger, Erich Weisskopf, Fredi Wiesner, Albert Willi

Enthaltungen: Dieter Stohler

Abstimmung über den Mitgliederbeitrag: Hinfällig.

Abstimmung zur Abschreibung des Postulates

Der Rat beschliesst mit 22 Ja zu 8 Nein bei 5 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2720 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2738

Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Emil Job, betreffend "Solarkataster für Pratteln"

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Emil Job, betreffend "Solarkataster für Pratteln" 19. Mai 2011

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat ist gegen das Postulat und dies aus folgenden Gründen: 1. Zur Erstellung eines solchen Katasters (Flugaufnahmen, Übertragungen usw.) sind rund CHF 15'000 nötig. Vorarbeiten auf der Gemeinde und insbesondere die Nachführung - der Kataster müsste nachgeführt werden - würden ähnliche Kosten verursachen. D. h. für uns ist der Kosten-, Nutzeneffekt zu wenig gross. 2. Die Gemeinde kann den Hausbesitzern nicht vorschreiben, ob sie etwas machen oder nicht und das bringt in diesem Sinn nichts. Weiter kann man sich gratis beraten lassen, dazu bieten die EBL Hand. Wir haben sogar Befürchtungen, dass wie in Deutschland bereits, diese Daten gehandelt und verkauft werden. 3. Im Nationalrat hat Beat Jans (Basel) ein Postulat eingereicht, dass der Bundesrat prüfen soll, die ganze Schweiz mit einem solchen Kataster zu erfassen. Darum bitte ich sie, das Postulat nicht zu überweisen.

Emil Job: Ich finde es schade, dass der Gemeinderat das Postulat nicht übernehmen will, ist es doch im Sinn der Energiestadt Pratteln, die alternativen Energien und die Sonnenenergie zu fördern und festzustellen, wie es in Pratteln mit dem Potential dazu steht. Es geht in einem Postulat um prüfen und berichten. Prüfen und berichten ist nun fast gemacht und warum kann man es nicht überweisen? Es geht ja nicht darum, gerade zu machen, das ist nicht der Sinn eines Postulates. Das dies nun auf Bundesebene gemacht werden soll, ist für mich eine neue Information, wann ist dies passiert?

Roland Kuny: Wir von der SVP-Fraktion haben die Vorlage auch angeschaut und ich habe festgestellt, dass es sehr verschiedene Solarkataster gibt. Solche, bei denen angegeben ist, wie viele Kilowatt man aus einem Dach gewinnen kann. Andere stufen Dächer lediglich als geeignet oder ungeeignet ein, wieder andere sind interaktiv und man beispielsweise die Dachneigung eingeben. Wir beurteilen den Aufwand zum Erstellen eines solchen Katasters als zu hoch, weil jede Dachfläche vor Ort angeschaut werden müsste um zu sehen, ob sie im Schattenwurf eines anderen Gebäudes liegt. Für kleine Gemeinden mit 60 Gebäuden ist dies schnell gemacht. Zudem sehen wir das Problem des Datenschutzes. Jede Person hat Zugriff zu fremden Daten. Ausserdem werden Investoren und Eigentümer von Liegenschaften mit Spezialisten vor Ort die Häuser anschauen und beurteilen. Daher sind wir für Nichtüberweisung.

Bruno Baumann: Wir von der SP sind für Überweisung. Wir wissen, dass es einen grossen Aufwand geben wird, aber wir sind Energiestadt und wir wollen das Label nicht nur haben, sondern auch etwas dafür tun. Darum sind wir für Überweisung.

Martina Häring: Ich schicke voraus, dass wir in der FDP-Fraktion keine einheitliche Meinung bilden konnten und so spreche ich nur für einen Teil der Fraktion. Wir finden es sicher sinnvoll, dass man die Solarenergie fördert, und wir alle meinen auch, dass es das 3-D-Modell, das es für einen solchen Solarkataster braucht, unbedingt für die weitere Planung nötig ist. Insofern würde dies Sinn machen. Die Folgekosten sind jedoch sehr hoch und der Aufwand für die Gemeinde riesig. Vor dem Hintergrund, dass im Nationalrat ein Postulat hängig ist, meinen wir, dass es ein Stück Eigeninitiative ist, wenn jemand eine Solaranlage bauen will, und man auch von einem Unternehmer offerieren lassen kann, der ihm dann sagt, ob sein Haus geeignet ist. Zudem haben wir den „Hauseigentümer“ gelesen und darin wird auch eher die Auffassung vertreten, dass es kritisch ist vor dem Hintergrund einer Bevormundung des Bürgers und sind darum mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass wir das Postulat nicht überwiesen haben wollen und damit dem Gemeinderat folgen.

Emil Job: Datenschutz: Dieser ist gerechtfertigt, aber dadurch, dass solche Modelle durch Luftaufnahmen und Simulationen erzeugt werden, wird niemand vor Ort etwas anschauen; alles ist berechnet. Die Basis sind Flugaufnahmen, die jeder einkaufen kann. Eingabe im Nationalrat: Dies ist relativ neu und mein Postulat ist schon 2 Monate alt. Ich plädiere für Überweisung und man kann abwarten, was dort geht und wenn es dort nicht weiter geht, kann man dies immer noch in Pratteln weiter verfolgen. Ich bin nicht dafür, dass man es nicht überweist, nur weil im Nationalrat etwas hängig ist.

Dominique Häring: Die CVP steht ja für einen laufenden Abbau des Atomstromes und unterstützt Alternativenergien und auch die Sonnenenergie. Die Förderung der Solaranlagen wird zurzeit schon von den Kantonen gemacht. Wir unterstützen, dass auch die Gemeinde ihren Beitrag leistet. Ob das Vorhandensein eines solchen Katasters tatsächlich die Hausbesitzer dazu bewegt, eine Solaranlage zu erstellen, bezweifeln wir, weil die Kosten immer noch hoch sind. Die Zweckmässigkeit eines Katasters ist unterschiedlich; wir haben die Beispiele gesehen, es generiert Kosten und wir kennen die Dimensionen nicht. Warum nicht die Gelder für den Bau von Alternativenanlagen nutzen? Man könnte ja bei einem Bau einen Zustupf der Gemeinde geben. Darum sind, wir dafür, der Gemeinderat soll dies prüfen und berichten.

Präsenz: Es sind nun 34 Personen des Einwohnerrates. Das absolute Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 23 Stimmen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 18 Ja zu 14 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2738 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2740

Postulat der SVP-Fraktion, Erich Weisskopf, betreffend "Kein Schleichverkehr im Neusatzweg - zum 2-ten"

Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion, Erich Weisskopf, betreffend "Kein Schleichverkehr im Neusatzweg - zum 2-ten" vom 23. Mai 2011
- Antrag des Gemeinderates vom 10. August 2011

GR Ruedi Brassel erläutert die Position des Gemeinderates: Der Gemeinderat möchte mit dem Austeilen einer Antwort auf ein noch nicht überwiesenes Postulat reagieren. Dies ist relativ neu in Pratteln; wir haben es in der letzten Zeit verschiedentlich gemacht. Ich verstehe sehr gut, wenn im Einwohnerrat bei einem Vorstoss, der mündlich erläutert wird, und gerade die Abschreibung verlangt wird, er denkt, das will ich noch etwas genauer anschauen. Daher haben wir die Antwort schriftlich abgegeben und sie konnten es im Verlauf der Sitzung schon anschauen. Erich Weisskopf sagt „- zum 2-ten“; es ist nicht das erste Mal, dass der Neusatzweg den Einwohnerrat beschäftigt. Hier liegt nun ein Postulat vor, dass in Vielem eine Interpellation ist und daher haben wir uns erlaubt, die Fragen gleich schriftlich zu beantworten. Mit diesen Antworten haben wir den Kern des Postulates aufgenommen. Wir ergreifen tatsächlich Massnahmen, aber man muss jede Strasse im Quartier im Zusammenhang mit den anderen Strassen sehen; dies ist der Weg, den wir gehen müssen und eine Tempoberuhigung erwirken, die Allen in Quartier etwas bringt. Darum nach unseren Erwägungen den Antrag, das Postulat zu überweisen als Würdigung des Anliegens und es direkt abzuschreiben, weil tatsächlich geprüft und gemacht wird, was man im Moment machen kann. Weiter soll mutig dort weiter gegangen werden, wo die nötigen Massnahmen etwas in Richtung Tempo 30 bringen. Dieses aber nicht nur für den Neusatzweg. Dies ist die Meinung des Gemeinderates und ich bitte sie, das Postulat zu überweisen und dann abzuschreiben.

Die Fragen mit den Antworten sind im schriftlichen Antrag des Gemeinderates vom 10. August 2011 enthalten.

Erich Weisskopf: Ich bin überrascht, dass die Antwort erst heute Abend auf dem Tisch gelegen ist. Daher konnte ich dazu keine Stellung nehmen. Ich nehme mir nun Zeit, um mit den Anwohnern die Ausführungen des Gemeinderates eingehend besprechen und werde mich wieder melden. Was ich bis jetzt als Antwort bekommen habe, befriedigt mich in keiner Art und Weise. Ich möchte es dem Gemeinderat noch einmal mitgeben: Es kann doch nicht einfach sein, dass ein ganzes Quartier durch ein Wohnquartier fährt, nur weil es der bequemste Weg ist, ins Dorf zu fahren und auch wieder zurück. Gegen das wehren wir uns und weil in unmittelbarer Nähe ein Kreisel ist, wo man anstandslos und fast ohne Stopp in den Verkehrsfluss käme, um ins Dorf zu gelangen. Das ist der Punkt, den wir anders haben möchten und ihr werdet noch hören. Erich Weisskopf gibt hier nicht auf.

Patrick Weisskopf: Auch die Unabhängigen und Grünen unterstützen das Postulat und auch wir sind der Meinung, man solle dies quartiermässig anschauen. Der Reitweg und der Neusatzweg sind speziell, wenn man die Lage in Pratteln anschaut. Darum möchten wir Erich Weisskopf schmackhaft machen, dass er den Titel ändert und sagt „kein Schleichverkehr im Quartier Rankacher – Krummeneich“ und das Ganze als ein Postulat zur Beantwortung an den Gemeinderat überweist. Wir sind der Meinung, dass es sicher Lösungen gibt und wir haben ja auch die Temo-30-Initiative am Laufen und freuen uns, wenn man dort mitmacht.

Mauro Pavan: Ich bedanke mich bei Erich Weisskopf, dass er mein Votum die Einsetzung einer Tempo-30-Zone damals bei „kein Schleichverkehr im Neusatzweg –zum 1-ten“ aufgenommen hat. Wir sind für Überweisung und stimmen auch dem Abschreibungsantrag des Gemeinderates zu.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 22 Ja zu 5 Nein bei 7 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2740 wird an den Gemeinderat überwiesen und direkt als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft 2739 auf ER-Sitzung vom 26. September 2011 verschoben. Geschäfte 2743, 2670, 2531 und 2650 nicht behandelt.

Fragestunde

Es sind keine Fragen eingegangen.

Die Sitzung wird um 22.00 Uhr beendet.

Pratteln, 5. September 2011

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Philippe Doppler

Joachim Maass